

Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2013 von (Verbandsname ausgeschrieben)

1. Wie steht Ihre Partei zur Rücknahme der Beimischungsquote durch die Umweltkommission? Was bedeutet das für die Umsetzung der Vorgaben in Deutschland hinsichtlich des Biokraftstoffquotengesetz (BioKraftQuG) und des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG)? Was wird Ihre Partei tun, um die Ausbreitung des gesundheitsschädigenden und nicht nachhaltigen Monokulturanbaus in den Ländern des Südens einzuschränken?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein, für eine kohärente, ressortübergreifende Strategie zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und für mehr Ernährungssouveränität. Wir wollen eine globale Agrarwende, die dem Prinzip „food first“ folgt und vor allem eine ökologische, standortangepasste bäuerliche Landwirtschaft sowie Fischerei fördert. Wir setzen auf Saatgutvielfalt statt auf Gentechnik, Monokulturen und Agrarindustrie für das Exportgeschäft. Wir wollen die gezielte Förderung von KleinbäuerInnen; Teller vor Trog und Tank; gerechte Handelsstrukturen; soziale Sicherung; Landraub beenden und Nahrungsmittelspekulation eindämmen. Ernährungssouveränität heißt für uns GRÜNE, dass KleinproduzentInnen vor Ort selbst bestimmen, was sie anbauen, und damit in erster Linie sich und die eigene Bevölkerung ernähren. Wir setzen auf mehr Wertschöpfung vor Ort und wir setzen uns für internationale Abkommen ein, die zu fairen Preisen für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe führen, sowie eine Politik, die die lokale Produktion von Gütern in den Entwicklungsländern fördert. EU-Exportsubventionen müssen abgeschafft, und die EU-Agrarpolitik so gestaltet werden, dass durch Dumpingpreise bei Lebensmitteln die Märkte in Entwicklungsländern nicht ruiniert werden. Gleichzeitig brauchen Produkte aus Entwicklungsländern einen diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Markt. Diese handelspolitischen Ziele unterstützen wir auch durch eine nachhaltige öffentliche Beschaffungspolitik und die Stärkung des fairen Handels.

2. Assoziierungsabkommen zwischen EU und Zentralamerika (AdA) schafft weitere Anreize für die Expansion der Monokulturen für Agrokraftstoffe. Wie steht Ihre Partei zu Handelsliberalisierungen und den zu erwartenden Auswirkungen auf besonders verletzte Gruppen und Organisationen? Was wird Ihre Partei unternehmen, um nachteilige soziale, ökologische und gesundheitliche Folgen von Handelsliberalisierungen für die Menschen in den Ländern des Globalen Südens abzuwenden?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sowohl im europäischen Parlament, im Bundestag als auch im Bundesrat ihre kritische Haltung gegenüber diesem Abkommen deutlich gemacht und dieses abgelehnt. Menschenrechte und eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung stehen für uns auch in der Handels- und Investitionspolitik an erster Stelle. So kritisieren wir an dem Abkommen vor allem, dass bei Verletzungen von Arbeits- und Umweltstandards sowie von Menschenrechten kein effektiver Sanktionsmechanismus besteht. Für den Handelsbereich hingegen gibt es einen klar definierten Streitbeilegungsmechanismus mit bindender Wirkung. Es ist bitter, dass das Abkommen die Partikularinteressen von Unternehmen höher bewertet als die Rechte der Bevölkerung vor Ort und den Schutz der Umwelt. Einzelne Punkte im Zentralamerika- Abkommen können zudem selbst zu Menschenrechtsverletzungen führen. Der lokale und regionale Handel wird untergraben anstatt diesen zu befördern. Und Asymmetrien und Schutzinteressen der Länder Zentralamerikas werden nicht berücksichtigt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für einen Wandel in der Handels- und Investitionspolitik ein. Insbesondere für menschenrechtliche Folgeabschätzungen (Human Rights Impact Assessments HRIA), gemäß der vom VN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung vorgelegten Grundprinzipien, an denen sich die EU orientieren sollte. Wir fordern zudem u. A. verbindliche Menschenrechts- und Umweltklauseln.

Zum Weiterlesen:

Positionspapier Grüne Handels- und Investitionspolitik am Leitbild einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung

http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Beschluss_Globalisierung.pdf

3. Weniger Auto statt mehr Agrosprit – oder weiter wie bisher beim Individualverkehr?

Welche Lösungsansätze verfolgt Ihre Partei für die Verkehrspolitik und für die Reduktion des immensen CO₂-Ausstoßes im Verkehr?

Unser Ziel ist es, bis 2020 die Treibhausgasemissionen des Verkehrs um 20% zu senken. Die Vision 2040 lautet, den Verkehr nahezu komplett auf Erneuerbare Energien umzustellen. Das ist ehrgeizig, aber möglich: Durch die Vermeidung überflüssiger Transporte, die Verlagerung von Verkehr auf Bahn und Fahrrad sowie die flächendeckende Einführung von nachhaltigen, regenerativen Antrieben bei gleichzeitigem Ausbau der Infrastruktur der Erneuerbaren-Energien-Stromversorgung. Elektromobilität ist nur dann umweltverträglich, wenn der Strom aus regenerativen Energiequellen gewonnen wird. Wir wollen einen Paradigmenwechsel bei der Nutzung der Biomasse für Mobilität. Sie muss auf Bereiche beschränkt werden, in denen es absehbar keine Alternative gibt (Schwerlast- und Flugverkehr).

Welche Rolle soll nach Auffassung Ihrer Partei diesbezüglich dem Anbau von Energiepflanzen, insbesondere aus den Ländern des Globalen Südens, zufallen?

Bei der Verwendung von Biomasse gibt es für uns GRÜNE eine klare Reihenfolge: Die Ernährung des Menschen muss immer oberste Priorität haben. Erst wenn die Ernährung gesichert ist, kann entschieden werden, wozu die restliche Biomasse verwendet wird. Das gilt gleichermaßen für die Nutzung als Tierfutter wie für die energetische Verwendung. Darum wollen wir, dass alle Importe von Biomasse und landwirtschaftlichen Produkten in die EU - unabhängig von ihrer Nutzung - an die Einhaltung strenger Umwelt- und Sozialstandards sowie die Beachtung von Menschenrechtskriterien gebunden werden. Dies bedeutet u.a.: Die Erzeugerländer müssen nachweisen, dass der Anbau von Pflanzen für den Export weder zur Zerstörung wichtiger Ökosysteme noch zu Vertreibungen führt und auch das Recht auf angemessene Nahrung der eigenen Bevölkerung nicht untergraben wird. Generell sind wir der Meinung, dass der einseitige Ansatz, CO₂-Einsparungen im Verkehr allein durch Beimischung von Agrokraftstoffen zu erreichen, ein Irrweg ist. Anstatt mit dem Beimischungszwang internationalen Mineralölkonzernen in die Hände zu spielen, befürworten wir regionale Kreisläufe und reine Biokraftstoffe. In dieser Form können biogene Kraftstoffe aus Rest- und Abfallstoffen oder nachhaltig erzeugter Biomasse sinnvoll sein.

4. Entschädigung der Opfer der Agrokraftstoffproduktion

Wie steht Ihre Partei zur Einrichtung eines solchen Kompensationsfonds?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass sich alle Beteiligten (Unternehmen, Staat, Kreditgeber) ihrer Verantwortung stellen müssen. Den Betroffenen und ihren Familien muss geholfen werden. Ob ein Kompensationsfonds in der oben erwähnten Ausgestaltung dafür die richtige und beste Maßnahme wäre, muss aus unserer Sicht genauer geprüft werden. Dabei gilt es auch, die bislang erfolgten Dialog- und Ausgleichsmaßnahmen, die im Rahmen des IFC Ombudsperson-Prozesses erwirkt wurden, zu bewerten und zu analysieren was aus Sicht der Betroffenen weiter nötig ist. Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen der Gespräche mit dem Partnerland Nicaragua, mit der Gebergemeinschaft, mit dem Unternehmen, der IFC und mit der DEG intensiv und transparent um weitergehende Unterstützung der Erkrankten sowie ihrer Familien kümmern.

Künftig müssen derartige Projektförderungen und Kredite vermieden werden. Wir setzen auf eine agrarökologische Landwirtschaft und strenge Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsprüfungen vor der Förderung von Projekten und ein regelmäßiges Monitoring dieser im Verlauf.